

Der 83. Jahreskongress des TUC

Autor(en): **Bieligk, K.F.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **43 (1951)**

Heft 10

PDF erstellt am: **25.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-353511>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der 83. Jahreskongress des TUC

Kaum ein schärferer Kontrast ist vorstellbar als der, der sich bei einem Vergleich der Lebensverhältnisse der englischen Arbeiter und der gewerkschaftlichen Kampfbedingungen von heute mit denen vor zwanzig bis fünfundzwanzig Jahren ergibt. Eine Periode starker Arbeitslosigkeit ermöglichte es damals den Unternehmern, Lohnkürzungen zu diktieren, und eine Weigerung der Bergarbeiter, sich zu fügen, führte zur Aussperrung von 900 000 Bergarbeitern. Sie begann am 1. Mai 1926 und endete nach mehr als sieben Monaten mit einer Niederlage der Arbeiter, die unter schlechteren Bedingungen als vorher zur Arbeit zurückkehren mussten. Hunderttausende von Familien haben damals monatelang bittere Not und Elend ertragen. Aber die Bergarbeitersolidarität hatten sie nicht schwächen können. Ein allgemeiner Sympathiestreik, der zu ihrer Unterstützung ausgerufen worden war und etwa eine weitere Million Arbeiter in den Kampf zog, wurde nach einer Woche abgebrochen. Das Unternehmertum im Kohlenbergbau und die gesamte Reaktion triumphierte, und ihr Siegestaumel produzierte im folgenden Jahre das Antigewerkschaftsgesetz, das die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften wesentlich beschränkte. Die notwendige wirtschaftliche Stabilität wurde durch die kapitalistischen Erfolge jedoch nicht erreicht. Die Krise traf die englische Wirtschaft 1929 mit voller Wucht und erzeugte eine Massenarbeitslosigkeit von nie gekanntem Umfang. Ueber zweieinhalb Millionen Arbeitslose gab es im Sommer 1931, als auf das Verlangen des Finanzkapitals mit der Kürzung der völlig unzureichenden Arbeitslosenunterstützung ein weiterer Anschlag auf die Opfer der Wirtschaftskrise ausgeführt wurde.

So hatten sich die TUC-Kongresse jener Jahre vor allem mit Aktionen zur Abwehr von Lohnkürzungen, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und anderer Krisenerscheinungen, mit dem Ausbau der Arbeitslosenunterstützung und der Sozialversicherung und weiter mit der Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften zu befassen. Alle diese gewerkschaftlichen Aufgaben gehören heute in England mehr oder weniger der Geschichte an. Von den 87 Anträgen, die dem diesjährigen Kongress vorlagen, beschäftigten sich nur ganz wenige mit untergeordneten sozialpolitischen Fragen. Die Hauptprobleme, denen die Resolutionen und die Beratungen galten, waren: die internationale Gewerkschaftspolitik; die Produktionsteigerung; gerechter Anteil der Arbeiterschaft am Volkseinkommen; die Lohnpolitik der Gewerkschaften.

Volle Unterstützung des IBFG

Das längste Kapitel im Jahresbericht des TUC an den Kongress ist der internationalen Tätigkeit gewidmet. Generalsekretär Vincent

Tewson, der seit dem Mailänder Kongress der Präsident des IBFG ist, referierte darüber und rechtfertigte die Haltung, die die Vertreter des TUC im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften eingenommen haben. Sie haben ihm ihre volle Unterstützung im Kampf gegen den Totalitarismus im allgemeinen und gegen den Kommunismus im besonderen gegeben. *Tewson* erklärte, dass der Kampf zwischen Ideologien in aggressive Aktion umgeschlagen sei. Russland könne mit «einem Federstrich» die internationale Situation erleichtern. Er forderte damit wiederholt Protestrufe der kommunistischen Minderheit heraus. Eine vom Verband der chemischen Industriearbeiter vorgelegte Entschliessung, die von den Eisenbahnern, der vereinigten Gewerkschaft der Maschinenindustrie und einigen kleineren Verbänden unterstützt wurde, beschäftigte sich mit Korea, dem Fernostproblem, drückte Bestürzung über das Wettrüsten und die internationale Spannung aus und erklärte, dass beim Andauern dieser Entwicklung neue Preissteigerungen, Inflation und allgemeine Verarmung die Folge sein würden. Der TUC solle auf die Regierung für eine neue Initiative in den Bemühungen für den Weltfrieden und die allgemeine Abrüstung einwirken. Nach einer langen Debatte, in der der Generalsekretär des Allgemeinen und Transportarbeiter-Verbandes, *Arthur Deakin*, als Sprecher des Generalrats und *Will Lawther* von den Bergarbeitern sich scharf gegen die Entschliessung wandten, wurde der Bericht des Generalrats über die internationale Tätigkeit mit starker Mehrheit gutgeheissen und die Entschliessung damit abgelehnt.

Abgelehnt wurde eine weitere Entschliessung, die sich für die «Gleichheit im Welthandel» und gegen die amerikanische Einmischung aussprach. Der Generalrat bekämpfte sie als einen kommunistischen Vorstoss, und sein Sprecher erklärte: Britannien wünscht Handel mit allen Ländern der Welt auf der Basis der vollkommenen Gleichheit. Es wurden 5 213 000 Stimmen dagegen und 1 795 000 Stimmen dafür abgegeben. Mit einem nur unwesentlich anderen Abstimmungsergebnis verfielen Entschliessungen der Ablehnung, die sich gegen die Wiederaufrüstung Deutschlands und Japans aussprachen. Dagegen stimmte der Kongress einstimmig einer scharfen Protestentschliessung gegen Franco-Spanien zu. Der offizielle Sprecher der Bergarbeiter erklärte bei dieser Gelegenheit, dass England in seinem Durst nach einem Weltbund der Mächte zum Verbündeten des verächtlichsten und korruptesten Regimes geworden sei.

In diesen Debatten war eine kleine kommunistische Minderheit äusserst aktiv, erreichte damit aber nur, dass die überwältigende Mehrheit sich um so entschiedener gegen die von ihr befürworteten Resolutionen aussprach.

Das Gebot zu höherer Aktivität

Die Rückwirkungen der internationalen Situation und die Durchführung des Aufrüstungsprogramms von über 18 Milliarden Fr. in drei Jahren belasten die englische Wirtschaft schwer und führen zu neuen Schwierigkeiten. Zwingt schon allein die Erhöhung des internationalen Preisniveaus England, wenn es seine Wareneinfuhr in dem gleichen Umfang wie im vorigen Jahre aufrechterhalten will, zu einer wesentlich höheren *Warenausfuhr* und damit also auch zu einer höheren *Warenerzeugung*, so wird dieser Zwang zu einer allgemeinen Produktionssteigerung durch den vermehrten Bedarf an Rüstungsmaterial noch viel stärker. Dabei ist England von allen am Kriege beteiligt gewesenen Ländern dasjenige Land, das in den letzten Jahren die höchste Steigerung seiner industriellen Produktion verzeichnet. Die Regierung hat in ihrer letzten wirtschaftlichen Uebersicht die Feststellung getroffen, dass sich die industrielle Produktion von 1947 bis Ende 1950 infolge des stetigen Steigens der *Produktivität* um 30 Prozent erhöht hat. Im ersten Halbjahr 1951 ist eine weitere Steigerung um 5 Prozent zu verzeichnen.

Obwohl ein Andauern dieses Tempos der Produktionsentwicklung für notwendig erachtet wird, wenn Rüstungsbedarf und erhöhter Ausfuhrbedarf gedeckt werden sollen, so machen sich doch eine Reihe von Faktoren geltend, die ihm entgegenwirken. Dazu gehört vor allem der Mangel an wichtigsten Rohstoffen, wie Schrott, Stahl, Schwefel, weiter die Herabsetzung der Kapitalinvestierung für die Maschinenindustrie, soweit sie für den Inlandsbedarf der Verbrauchsindustrien arbeitet. Das hat zur Folge, dass diese Industrien weder Ausbau noch Erneuerungen vornehmen und damit von der technischen Seite her nichts zur Erhöhung der Produktivität beitragen können. Dann aber gibt es auch keine Reserven an Arbeitern mehr, und da Millionen englischer Industriearbeiter schon seit Jahren Ueberstunden leisten, ist es fraglich, ob sie allein das Mehr an Produktivität zustande bringen können, selbst wenn sie zu den äussersten Anstrengungen bereit sind. Dass sie es sind, ist von verschiedenen Sprechern der Gewerkschaften zum Ausdruck gebracht worden.

Sie haben vor dem Kongress die Schwierigkeiten dargelegt, denen sich die einzelnen Industrien gegenübersehen. *Tom Williamson*, der Generalsekretär des Gemeinde- und allgemeinen Arbeiter-Verbandes, sprach über den *Mangel an Kraftstrom*, der im kommenden Winter viel schärfer sein werde als je zuvor, obwohl die Elektrizitätserzeugung seit der Nationalisierung um 33 Prozent gestiegen ist und gegen 1938 um das Zweieinhalbfache vermehrt wurde. Er bereitete die Gewerkschaften darauf vor, dass eine Verlegung der Arbeitsstunden, Doppelschichten, Nacharbeit und auch Arbeit am freien Sonnabend notwendig sein werden. Ebenso dauert die *Kohlenknappheit* fort,

obwohl die Förderung in diesem Jahre erneut um 4 Millionen Tonnen höher ist als im Vorjahre. Aber in der gleichen Zeit hat sich der Kohlenverbrauch um 5 Millionen Tonnen erhöht. Für den Verkehr und die *Eisenbahnen* berichtete Generalsekretär *Figgins*, dass es nicht nur 25 000 unbesetzte Stellen bei der Eisenbahn gibt, sondern dass auch ein empfindlicher Mangel an Lokomotiven und Waggons vorhanden ist, der infolge der eingeschränkten Kapitalinvestierung nicht so bald behoben werden kann.

Kein früherer Gewerkschaftskongress hat dem Problem der Produktionssteigerung eine solche Aufmerksamkeit gewidmet und die positive Mitwirkung der Gewerkschaften zu seiner Lösung so uningeschränkt zum Ausdruck gebracht wie dieser.

Gerechter Anteil am Volkseinkommen

Der Schatzkanzler der Arbeiterregierung, *Hugh Gaitskell*, dessen Budget auch in Gewerkschaftskreisen Kritik gefunden hatte, war selbst auf dem Kongress erschienen, um über Preise, Profit und gerechten Anteil am Volkseinkommen zu den Delegierten zu sprechen. Nach seiner Auffassung kann ein höheres Niveau der Profite bei einer starken Warennachfrage und hohem Umsatz, die bestehen, wenn Vollbeschäftigung vorhanden ist, nicht allgemein vermieden werden. Er glaubt jedoch nicht, dass die hohen Profite eine wesentliche Ursache für das Steigen der Lebenshaltungskosten sind. Es könne gefragt werden, warum die Löhne und Gehälter nicht stärker als die Produktivität steigen und warum Preiserhöhungen nicht durch eine Herabsetzung der Profite vermieden werden sollten. Das sei eine Erhöhung des Einkommens der Arbeiter auf Kosten der Aktionäre, aber in Wirklichkeit sei das nicht so leicht. «Wenn alle Dividenden, die 1950 in England bezahlt worden sind», so meinte Gaitskell, «um ein Viertel gekürzt würden, so könnten davon die Löhne und Gehälter nur ganz gering, etwa um 1,2 Prozent, erhöht werden.» Aber er sprach sich für *strikte Preiskontrolle* aus und dafür, dass verhindert wird, dass die hohen Profite sich in erhöhte Kaufkraft verwandeln können. «Wenn unsere Wirtschaft immer mehr in den Dienst der Aufrüstung gestellt wird, so kann es nicht erlaubt sein, dass die Dividenden immer weiter erhöht werden. Für diese drei kritischen Jahre werden die Aktionäre, die in ihrer überwiegenden Mehrheit der reichen Schicht angehören und die zu ihrem Leben nicht nur auf die Dividende angewiesen sind, ihr Einkommen in Dividenden nicht erhöhen können», und der Schatzkanzler fügte hinzu: «Unzweifelhaft ist die Verteilung des Eigentums in unserer Gesellschaft noch viel zu ungleich. Eine Aenderung ist sehr wichtig, wenn wir im wahren Sinne eine gerechte Gesellschaft sein wollen. Die Arbeiterbewegung wird eine Politik auszuarbeiten haben, die mit der ungleichen Verteilung fertig wird.» Sein Vorschlag, dass die

Gewerkschaften sich mit der Frage der Teilhaberschaft der Arbeiter an den Unternehmungen in der Form von besonderen Gewinnverteilungen an die Belegschaften befassen sollen, wird die Gewerkschaften freilich kaum näher beschäftigen.

Die vom Kongress mit überwältigender Mehrheit angenommene Entschliessung drückt Besorgnis über das fortgesetzte Steigen der Preise aus und befürchtet, dass, wenn es den inflationistischen Tendenzen erlaubt ist, sich unkontrolliert weiter zu entwickeln, der *Lebensstandard unterminiert* und die *Pläne der sozialen Sicherheit ernstlich bedroht* werden. Zu den energischen und positiven Schritten, die von der Regierung verlangt werden, gehören: Preis- und Profitkontrolle muss sofort wirksamer gemacht werden; Methoden und Unkosten des Warenhandels sind ohne Verzögerung zu untersuchen; die staatlichen Zuschüsse zu den Nahrungsmittelpreisen sind beweglicher zu machen, und die Umsatzsteuer ist für die notwendigen Haushaltwaren aufzuheben. Ausserdem wird der Vorschlag des Generalrates des TUC an die Regierung, den Fleisch- und Milchhandel in öffentliche Bewirtschaftung zu übernehmen, begrüsst. Eine andere Entschliessung, die die Unterstützung der kommunistischen Minderheit fand, wurde mit einer Mehrheit von 3 085 000 Stimmen abgelehnt.

Die Lohnpolitik der Gewerkschaften

Der vorjährige Gewerkschaftskongress hatte gegen die Empfehlung des Generalrats die seit zwei Jahren eingehaltene Mässigung bei Lohnforderungen aufgehoben. Seitdem hat sich der Generalrat und sein Wirtschaftskomitee in vielen Untersuchungen und Beratungen mit der gewerkschaftlichen Lohnpolitik befasst. Der Bericht, der darüber dem Kongress vorlag, enthält diese Schlussfolgerungen: Es ist offensichtlich, dass die Gewerkschaften sich in der gegenwärtigen Situation bemühen müssen, durch Lohnforderungen die Reallöhne ihrer Mitglieder aufrechtzuerhalten. Angesichts der Aufrüstung und des Zwanges, die Warenausfuhr zu erhöhen, könnte eine Senkung des Lebensstandards nur durch eine beträchtliche Steigerung der Produktion verhindert werden. Wir sehen uns jedenfalls der Tatsache gegenüber, dass die Durchführung des Aufrüstungsprogramms für die unmittelbare Zukunft eine Senkung des Lebensstandards der Nation als ganzes mit sich bringt. Dadurch erheben sich neue Probleme für eine gerechte Verteilung der Lasten. Es handelt sich darum, zu verhindern, dass der Erfolg von Lohnerhöhungen durch neue Preiserhöhungen zunichte gemacht wird. Die Bemühungen der Gewerkschaften für höhere Löhne können allein eine Herabsetzung des Lebensstandards nicht verhindern, wohl aber mehr oder weniger mildern. Deshalb sollte die Regierung alle Anstrengungen machen, um so bald als möglich ein neues und stabiles Preisniveau aufzu-

richten. Sie würde dabei die volle Unterstützung der Gewerkschaften haben.

Der Generalrat hebt sodann hervor, dass die Aufrechterhaltung der Stärke und der Position der Gewerkschaftsbewegung und der freiwilligen kollektiven Verhandlungen, für die die Gewerkschaften so lange und hart gekämpft haben, von höchster Bedeutung ist. Dieses System der kollektiven Verhandlungen habe den Interessen der arbeitenden Bevölkerung in einer Weise gedient und diene ihnen noch, wie es kein anderes System tun könnte. Das werde von der überwältigenden Mehrheit der Gewerkschafter anerkannt. Es gelte jedoch gegen die Tätigkeit einer Minderheit auf der Wacht zu sein, die die gegenwärtigen Schwierigkeiten für die Unterstützung einer Politik ausnützen wollen, durch die die Gewerkschaftsbewegung um viele Jahre zurückgeschlagen würde. Der Generalsekretär der Stahlarbeitergewerkschaft, *Evans*, hat die Verantwortung der Gewerkschaften in bezug auf die Lohnpolitik durch diese Ausführungen unterstrichen: «Wir können der Regierung nicht immer sagen, was sie nach unserer Meinung tun soll, und gleichzeitig ablehnen, an der Aufrichtung der Stabilität der Preise mitzuwirken. Bei der Stellung, die unsere Gewerkschaftsbewegung im Wirtschaftsleben und im Lande einnimmt, kann sie nicht einfach die Hände in Unschuld waschen und sagen, dass sich ihr Interesse nur darauf beschränkt, die Löhne den gestiegenen Preisen folgen zu lassen. Niemand verlangt von uns, dass wir gegenwärtig auf Lohnforderungen verzichten sollen, weil das auf jeden Fall unmöglich ist. Aber sicher ist es nicht zu viel, von unserer Bewegung zu verlangen, dass sie bei ihren Forderungen einen Sinn für Verantwortlichkeit zeigt. Denn das Hauptziel, mit dem unseren Mitgliedern am meisten gedient ist, ist ein neues, stabiles Preisniveau. Es würde das fortgesetzte Fallen der Kaufkraft der Löhne aufhalten. Aus Erfahrung wissen wir zu gut, dass in dem Rennen zwischen Preisen und Löhnen die Löhne niemals ganz mitkommen und dass das Ergebnis jeder Runde ist, dass die Kaufkraft der Löhne etwas geringer ist, als sie vorher war. Wenn wir sagen, dass uns das nichts angeht, so bedeutet das eine komplette Ablehnung der Verantwortlichkeit und, was noch mehr ist, eine Abdankung von dem einflussreichen Platz, den wir im Leben unserer Nation halten und den wir auf anderen Gebieten so beharrlich behaupten.»

Der Kongress lehnte mehrere Entschliessungen, die die Unterstützung der kommunistischen Minderheit fanden, ab. Mit der Annahme des Berichts des Generalrats ist klargestellt, dass die Forderungen der Gewerkschaften nach Lohnerhöhungen unvermeidlich sind.

Abgelehnt wurde eine Entschliessung, die den Generalrat beauftragen wollte, dem nächsten Kongress einen Bericht über die Möglichkeit einer für das ganze Land und für die gesamte Angestellten- und Arbeiterschaft geplanten Lohnpolitik vorzulegen. Sie wurde be-

sonders scharf von den Bergarbeitern attackiert. Dagegen wurde am letzten Tag einstimmig eine Entschliessung angenommen, die *gleiche Bezahlung für Männer und Frauen für die gleiche Arbeit* fordert. Ein gleicher Beschluss wurde schon vom vorjährigen Kongress gefasst. Die Regierung hat das Prinzip der gleichen Bezahlung seitdem zwar wiederholt anerkannt, aber die praktische Durchführung infolge der ungünstigen Bedingungen bis auf weiteres für unmöglich erklärt. Sie wurde deshalb vom Redner des Generalrats des TUC, Evans, unverhältnismässig scharf angegriffen. «Die Regierung attackiert eine Idee», so sagte er, «für die die Gewerkschaftsbewegung seit Jahrzehnten gefochten hat, nämlich die, dass die Entlohnung, ob für eine Frau oder für einen verheirateten oder unverheirateten Mann, von der Arbeit bestimmt sein soll, die ausgeführt wird, und von nichts anderem. Der Generalrat ist der Auffassung, dass er diese Position ohne Zweideutigkeit erneut klarmachen soll. Wir betrachten den gleichen Lohn für gleiche Arbeit nicht als einen sozialen Dienst, sondern als Forderung, dass für Arbeit, bei der die Pflichten gleich sind und derselbe Standard von Schule und Erziehung gegeben ist, der gleiche Lohn zu zahlen ist. Wir denken, dass wir berechtigt sind, von der Regierung einen besseren Standard des Betragens in Arbeiterfragen zu erwarten als von Privatunternehmern, und wir drängen sie, sich mit den betreffenden Verbänden zusammenzusetzen und die Streitfrage zu bereinigen.» Der Generalrat wird direkte Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten suchen.

Ohne Kommunisten

Die Neuwahl der 33 Mitglieder des Generalrats ergab erneut eine kommunistenreine Körperschaft. Beratungen und Abstimmungen zeigten klar, dass die kommunistische Minderheit seit dem vorigen Jahr keine Fortschritte gemacht hat. Sie repräsentierte höchstens Gewerkschaften von zusammen 700 000 Mitgliedern, also etwa 8 Prozent der gesamten Mitgliederzahl. Aber das heisst nicht, dass alle die Gewerkschafter oder auch nur ihre Mehrzahl Anhänger der Kommunisten sind. Auf die Politik und die Arbeit der englischen Gewerkschaften bleiben so die Kommunisten auch im 84. Jahre des TUC ohne Einfluss.

K. F. Bieligg, London.